

**Wettbewerbsmodelle in der deutschen Wirtschafts- und
Strukturpolitik - ein neuer Fördertyp**

von
Christiane Schulte
Astrid Ziegler

Diskussionspapier Nr. 91
Dezember 2000

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Einleitung	3
1. InnoRegio	4
2. BioRegio	8
3. Regionen der Zukunft	14
4. Initiative für Beschäftigung	20
5. Territoriale Beschäftigungspakte	26
Literaturverzeichnis	30

Einleitung

Die Verteilung von Fördergeldern wurde bisher in der deutschen Förderpolitik nicht von der Teilnahme an Wettbewerben abhängig gemacht. Dies hat sich zum Ende der 90er Jahre geändert. Denn in den 90er Jahren wurde in Deutschland ein neuer Fördertyp entwickelt, der Wettbewerbsselemente an die Vergabe von Fördermitteln koppelt. So ist in letzter Zeit die Tendenz zu beobachten, dass die verschiedensten Fachministerien immer häufiger Fördermittel nur dann vergeben, wenn sich Regionen oder regionale Kooperationsverbände einen Wettbewerb durchlaufen. Im Kern sollen die knapper werdenden Fördermittel auf die Regionen bzw. Projekte konzentriert werden, die die vielversprechendsten Erfolge aufweisen können. Schlüsselrolle nehmen die lokalen/regionalen Akteure ein, die für die Projektideen und -implementationen zuständig sind.

Neu ist zweierlei: 1. die einzelnen Projektvorschläge aus den Regionen stehen in Konkurrenz zueinander, 2. die Region mit dem höchsten Zielerreichungsgrad bekommt den Zuschlag. Mit diesen Wettbewerbsmodellen hat eine neue Qualität in der deutschen Förderpolitik Einzug gehalten. Als wesentliches Wettbewerbsselement steht im Mittelpunkt die Vernetzung der lokalen/regionalen Akteure inklusive der ortsansässigen Wirtschaft, um Entwicklungsperspektiven zu generieren.

In Deutschland wird von verschiedenen Seiten wie Bundesministerien, privaten Initiativen und der Europäischen Kommission dieser Weg eingeschlagen. Das vorliegende Diskussionspapier dokumentiert fünf solcher Projekte, die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen initiiert wurden. Zusätzlich wird im folgenden ein Ansatz der Europäischen Kommission sowie eine Initiative von namhaften deutschen Personen aus Politik und Wirtschaft diskutiert

Im einzelnen werden vorgestellt:

- ⇒ InnoRegio
- ⇒ BioRegio
- ⇒ Regionen der Zukunft
- ⇒ Initiative für Beschäftigung!
- ⇒ Territoriale Beschäftigungspakte

Dass eine neue Epoche in der Förderpolitik begonnen hat, zeigen neben diesen Wettbewerben auch solche Initiativen wie die von der Europäischen Kommission. Die Europäische Kommission wird nämlich in der Mitte der laufenden Förderperiode zu den Europäischen Strukturfonds einen Teil der Strukturfondsgelder an die besten Regionen bzw. Projekte verteilen. Sie erhofft sich über den Wettbewerb, mehr Effizienz in die Strukturpolitik zu bekommen.

1. InnoRegio

Entwicklung:

Die InnoRegio-Initiative, die sich an Regionen in den Neuen Bundesländern richtet, ist Anfang 1999 vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) initiiert worden. Hintergrund dieser Initiative war, dass die Neuen Länder zwar über große Innovationspotentiale verfügen, diese aber durch die wirtschaftsstrukturellen Umbrüche und vorhandenen Strukturschwächen noch nicht vollständig erschlossen worden sind. Die Innovationsfähigkeit soll dadurch am optimalsten genutzt werden, dass Akteure aus unterschiedlichen Bereichen, wie Politik, Verwaltung, Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen ihre Kreativität und Kompetenz bündeln und sich in Netzwerken zusammenschließen. Insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen fehle es an ausreichenden Kontakten mit Innovationsträgern, wie Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Die regionale Ebene hatte sich als geeigneter Ort für die Zusammenschlüsse angeboten, da hier nach Ansicht der Initiatoren ein schneller und effektiver Informationsaustausch und ein gemeinsames Lernen möglich sei.

Ziele:

Ziel von InnoRegio ist es, durch die Initiierung von regionalen Kooperationen und Innovationsdialogen, die Umsetzung des Innovationspotentials und Innovationskompetenzen in den Neuen Ländern spürbar voranzutreiben und den Aufbau von Strukturen, die diesen Prozeß fördern, zu forcieren, um die Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Wertschöpfung und Beschäftigungssituation zu verbessern. InnoRegio wendet sich an alle Wirtschaftsregionen, strukturschwache wie auch -starke Räume. Besonderes Anliegen von InnoRegio war es, Akteure, die bisher noch nicht an dem regionalen Innovationsdialog eingebunden waren, zu beteiligen.

Adressaten:

Adressaten für die Förderung im Rahmen der InnoRegio-Initiative waren Regionen in den Neuen Ländern. Für den Zusammenschluß zu einer Region sollte der räumliche und funktionale Zusammenhang (Ausprägung spezieller Merkmale, Wissenschafts- oder Wirtschaftsraum u.a.) ausschlaggebend sein. Bundesländer waren keine Regionen im Sinne von InnoRegio.

Art und Höhe der Förderung:

Das BMBF stellte einen nicht zurückzubehaltenden Zuschuß zur Verfügung. Förderbar sind alle Aufwendungen im Rahmen des Projekts, außer Baumaßnahmen und Großinvestitionen. In der zweiten Phase wurde in 25 Regionen die Erstellung eines InnoRegio-Konzepts gefördert. Für die Konzepterstellung durch das regionale Koordinationsbüro wurden Sach- und Personalkosten und Fremdleistungen, die über die Koordinationstätigkeit hinausgingen, wie Workshops, externe Beratung der Region, Erfahrungsaustausch mit anderen Regionen, gefördert. Die Zuwendung betrug bis zu 100% der zuwendungsfähigen Ausgaben, maximal 300.000 DM.

In der 3. Phase wird die Durchführung ausgewählter Projekte zur Umsetzung des InnoRegio-Konzepts unterstützt. Die Höhe der Zuwendung richtet sich nach dem speziellen Förderbedarf in der Region und wird von der InnoRegio-Jury auf Grundlage des InnoRegio-Konzepts festgelegt. Die Zuwendungen können bis zu 100% der Ausgaben betragen. Handelt es sich bei dem Zuwendungsempfänger um ein gewerbliches Unternehmen wird erwartet, dass es sich an mind. 50% der Kosten beteiligt.

Die Laufzeit beträgt bei Projekten, die die Innovationsfähigkeit der gesamten Region verbessern sollen und die kein Wirtschaftsunternehmen unmittelbar begünstigen, zwei Jahre. Danach kann im Rahmen einer Anschlußfinanzierung das Projekt weiterhin gefördert werden, allerdings unter einer Eigenbeteiligung der Region. Insgesamt werden für die InnoRegio-Initiative 500 Millionen DM vom Forschungsministerium zur Verfügung gestellt.

Verfahren:

Die InnoRegio-Initiative gliedert sich in drei Phasen:

Phase 1 "Qualifizierungsphase": In dieser Phase hat das Forschungsministerium alle Regionen in den Neuen Bundesländern aufgerufen, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Die Regionen sollten sich in einem ersten Schritt selbst organisieren und definieren. Die Akteure hatten die Aufgabe, das Innovationspotential der Region zu analysieren und die regionalen Entwicklungsmöglichkeiten zu bestimmen. Sie legten fest, wie das Netzwerk strukturiert sein und welche Akteure eingebunden werden sollten. Ein von den Beteiligten bestimmter Akteur übernahm die Koordination und bereite den Förderantrag vor. Dieser mußte bis zum 15. August 1999 abgegeben werden. Der Antrag mußte u.a. eine Beschreibung des Bedarfs, der Ziele und den erwarteten Nutzen der InnoRegio-Teilnahme für die Regionen und eine Darstellung des geplanten Zusammenwirkens der Akteure in der Region enthalten. Zudem mußte u.a. das Eigenengagement der Region und der Neuheitsgrad der Ansätze für die Region erkennbar sein. Insgesamt hatten sich 444 regionale Innovationsbündnisse beworben. Von diesen wurden 25 Regionen von einer Expertenjury ausgewählt, die in die 2. Phase kamen und denen die Erstellung des InnoRegio-Konzepts gefördert wurde.

Die Phase 2 "Entwicklungsphase des InnoRegio-Konzepts" umfaßte den Zeitraum vom 1. November 1999 bis zum 30. Juni 2000. In dieser Phase sollten die regionalen Akteure sich zu Innovationsnetzwerken zusammenschließen und gemeinsam Projekte entwickeln, die die Innovation in der Region fördern oder die Innovationsfähigkeit der Region steigern. Die Projekte und Maßnahmen sollten im Rahmen regionaler Innovationsforen entwickelt werden und zu einem Innovationskonzept der Region – dem InnoRegio-Konzept – führen. Das Bundesministerium förderte die Erstellung dieser Konzepte durch spezielle Vorhaben. So bot das BMBF die Moderation und das Management der Netzwerke und Foren durch professionelle Moderatoren an, die vom BMBF finanziert wurden.

Zuwendungsempfänger für die Erstellung eines Konzepts waren Kapitalgesellschaften, eingetragene Vereine und Genossenschaften, Personengesellschaften sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die von den Innovationsträgern der Region (z.B. Wirtschaft, öffentliche Verwaltung, Forschungseinrichtungen) das Mandat erhalten hatten, ein InnoRegio-Konzept zu erstellen. In

den Regionen sollten für die Koordinierung der Antragstellung "Koordinierungsbüros" eingerichtet werden, die später auch das Controlling der Implementation des InnoRegio-Konzepts übernehmen sollen.

Bei der Entwicklung ihres Konzepts sollten die Regionen nachfolgende Kriterien beachten.

- "Neuheit der Ansätze für die Region,
 - Bedeutung und spezieller Nutzen der Vorhaben für die Region, insbesondere für die Wettbewerbsfähigkeit, ihre wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigungssituation,
 - Dynamisches Potential der Maßnahmen und Projekte für die Region (u.a. Umfang des Abbaus der Innovationshemmnisse),
 - Nachhaltigkeit der mit der Konzeptumsetzung beginnenden Entwicklung in der Region,
 - Plausibilität und Umsetzungsreife des Konzeptes sowie der Maßnahmen und Projekte,
 - Qualität der entwickelten Kooperation,
 - Einbindung und Zusammenwirken der Akteure in der Region,
 - Eigenleistung der Region
 - Übertragbarkeit der Ansätze auf andere Regionen."
- (www.innoregio.de/wettbewerb/foerderrichtlinien.html, 4.9.2000)

Am 4. und 5. Oktober 2000 wurden die an der Phase 3 "Umsetzungsphase" beteiligten Regionen, also die Regionen in denen die in den InnoRegio-Konzepten enthaltenen Maßnahmen und Projekten realisiert werden sollen, von einer Jury ausgewählt. Die Umsetzung der in den InnoRegio-Konzepten entwickelten Maßnahmen und Konzepte begann im Herbst 2000 und soll über einen Zeitraum von fünf Jahren laufen. Das BMBF fördert hierbei ausgewählte Projekte mit der Perspektive, dass diese auch nach Ende der Förderung weiterbestehen. Gefördert werden insbesondere Projekte,

- "zum Informationsaustausch über die Innovationsmöglichkeiten und die Profilierung der Region,
- zum Auf- und Ausbau regionaler Innovationsnetzwerke und Kommunikationsplattformen,
- zur Begleitung von Innovationsprozessen in der Region,
- zur vorwettbewerblichen Forschung und Entwicklung für neue Produkte, Fertigungsverfahren und Dienstleistungen,
- zur Adaption der Aus- und Weiterbildung sowie des Forschungsprofils (Kompetenzaufbau) an die speziellen Bedürfnisse der Region,
- zur Erstellung von Konzepten für die Entwicklung einer Innovationsprozesse begünstigenden Personalstruktur in den Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen der Region,
- zur Entwicklung und Umsetzung einer Strategie für das Regionalmarketing sowie
- zur Entwicklung innovativer Kooperations-, Transfer- und Kommunikationsmodelle zwischen Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen der Region". (www.innoregio.de/wettbewerb/foerderrichtlinien.html, 4.9.2000)

Die ausgewählten Projekte sind im einzelnen:

InnoRegio	Bundesland	reservierter Förderbetrag in DM bis zu
BioHyTec, Biohybrid-Technologien in der Region Potsdam Luckenwalde	Brandenburg	16 Mio.
RIO, Regionales Innovationsbündnis Oberhavel	Brandenburg	8 Mio.
Maritime Allianz, Aufbau einer maritimen Allianz in der Ostseeregion	Mecklenburg-Vorpommern	31 Mio.
DISCO, Diabetis Informations- und Service-Center Ostvorpommern	Mecklenburg-Vorpommern	20 Mio.
NUKLEUS, Netzwerk Präzisionsmaschinenbau	Mecklenburg-Vorpommern	22 Mio.
Kunststoffzentrum Westmecklenburg	Mecklenburg-Vorpommern	22 Mio.
KONUS, Kooperative Nutzung von Datennetzen für die berufliche Eingliederung von blinden und sehbehinderten Menschen	Sachsen	18 Mio.
InnoSachs, Hochtechnologien als Initiator für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung	Sachsen	35 Mio.
Textilregion Mittelsachsen	Sachsen	31 Mio.
BioMeT, Innovationsnetzwerk Dresden	Sachsen	40 Mio.
IAW 2010, Industrie- und Atommobilregion Westsachsen 2010	Sachsen	18 Mio.
RIST, Regionale Innovationsnetzwerke Stoffkreisläufe	Sachsen	10 Mio.
Musicon Valley	Sachsen	18 Mio.
INNO PLANTA, Pflanzenbiotechnologie Nordharz/Börde	Sachsen-Anhalt	40 Mio.
MAHREG Automotive	Sachsen-Anhalt	20 Mio.
NinA, Naturstoff-Innovationsnetzwerk Altmark	Sachsen-Anhalt	20 Mio.
Rephyna, Innovationspotentiale Börde	Sachsen-Anhalt	22 Mio.
Barrierefreie Modellregion für den integrativen Tourismus	Thüringen	14 Mio.
INPROYSY, Produktions- und Fertigungstechnik im attraktiven Umfeld	Thüringen	10 Mio.

Fünf der an der 2. Phase beteiligten Regionen konnten mit ihren Konzepten nicht überzeugen. Sie haben die Möglichkeit, ihre Konzepte bis zum 30. Juni 2001 zu überarbeiten. Die Fördermittel bleiben bis dahin für sie reserviert (vgl. www.innoregio.de/presse/001005html, 7.11.2000) Mit der Abwicklung der Förderung hat das BMBF den Projektträger Biologie, Energie, Umwelt (BEO) des BMBF Forschungszentrums Jülich GmbH beauftragt.

Ergebnisse:

Das BMBF hat verschiedene Institute beauftragt, das InnoRegio-Projekt wissenschaftlich zu begleiten. Ziel ist es, den beteiligten Regionen Hilfestellungen auf der Grundlage von Erkenntnissen aus vergleichbaren Regionalentwicklungen zu bieten, die Erkenntnisse für künftige Innovationsregionen aufzubereiten und das

BMBF in bezug auf Förderansatz und Gestaltung künftiger Förderprogramme zu beraten. (vgl. www.innoregio.de/forschung/main.html, 4.9.2000) Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Anfang 2001 veröffentlicht.

2. BioRegio

Hintergrund:

Der Wettbewerb BioRegio ist im Oktober 1995 vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) vor dem Hintergrund initiiert worden, dass es einen Mangel in der kommerziellen Umsetzung und Anwendung von Forschungsergebnissen im Bereich der Biotechnologie¹ gibt.

Die Biotechnologie ist kein unumstrittenes Thema. In den 70er und 80er Jahren wurden kontroverse Debatten über die Risiken der Biotechnologie in Deutschland geführt. Die im Vergleich zu anderen Ländern strengen rechtlichen Auflagen für die biotechnologische Forschung führten dazu, dass Deutschland in der biotechnologischen Forschung und Produktion gegenüber anderen Ländern zurücklag. Das gesellschaftspolitische Klima wandelte sich in den 90er Jahren allmählich. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Forschung in diesem Bereich wurden in den letzten Jahren verbessert. 1993 wurde das Gentechnik-Gesetz novelliert und 1995 eine Reform der Sicherheitsverordnungen beschlossen, so dass die Entwicklungen in diesem Bereich weiter vorangetrieben werden konnten. "Die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland wird sich nach Expertenmeinung in kaum einer anderen Technologie so deutlich zeigen wie in der Biotechnologie. Nach Einschätzung der OECD wird sich die Biotechnologie zu dem Wirtschaftszweig mit dem größten ökonomischen Potential entwickeln". (InWIS 2000, 22).

In Deutschland sind eine Vielzahl von Wissenschaft- und Forschungsinstituten angesiedelt, die sich in ihren Forschungen mit dem zukunftsweisenden Thema Biotechnologie beschäftigten. Dies sind z. B. die von Bund und Länder finanzierten Max-Planck-Institute und Fraunhofer-Institute, das vom Land Nordrhein-Westfalen finanzierte Institut für Biotechnologie des Kernforschungszentrums Jülich. Ein Mangel besteht allerdings darin, dass dieses Innovationspotential bisher zu wenig genutzt worden ist, d.h. die Forschungsergebnisse sind bisher zu wenig in marktfähige Produkte umgesetzt worden.

Um die Ansiedlung von Biotechnologieunternehmen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, stehen verschiedene finanzielle Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Ländern zur Verfügung. Diese Fördermöglichkeiten alleine reichten aber nicht aus. Es galt auch die strukturellen Voraussetzungen in den Regionen für Firmenneugründungen zu schaffen und die vorhandenen biotechnologischen Kapazitäten und Aktivitäten, in ein regionales Entwicklungskonzept zu integrieren.

¹) "Unter dem Begriff Biotechnologie wird der Einsatz biologischer Systeme in technischen Prozessen bzw. die Nutzung biologischer Systeme zur Entwicklung von Produkten, Verfahren und Dienstleistungen sowie ihrer kommerziellen Umsetzung verstanden. Dabei basiert die Biotechnologie auf den Disziplinen Biochemie, Molekularbiologie und Ingenieurwissenschaften" (InWIS 2000, 12).

Ziel:

Der Wettbewerb BioRegio diente dazu, dass auf regionaler Ebene Konzepte zur erfolgsversprechenden Verknüpfung von wissenschaftlicher Forschung und deren wirtschaftlichen Umsetzung entwickelt werden, um so Unternehmensgründungen zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen. (vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 1995).

Adressaten:

Der Wettbewerb richtete sich an Regionen mit Wissenspotentialen im Bereich der Biotechnologie in Form von Instituten, Universitäten etc. Der Wettbewerb BioRegio bestritt damit einen neuen Ansatz in der Regionalförderung. Nicht mehr das regionalpolitische Prinzip der "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse", also die Konzentration der Fördermittel auf strukturschwache Regionen, wurde verfolgt, sondern es sollten die Regionen gestärkt werden, in denen bereits biotechnologische Forschungsanlagen vorhanden waren (vgl. InWIS, 2000).

Verfahren:

Der Wettbewerb BioRegio gliederte sich in zwei Phasen. In der ersten Phase waren die Regionen vom BMBF aufgefordert worden, integrierte Konzepte für die biotechnologische Forschung und die Umsetzung dieser Ergebnisse in Unternehmen einzureichen. In diesem Konzept mußte die Zusammenarbeit der regionalen Akteure (Wirtschaft, Wissenschaft, öffentliche Verwaltung) deutlich werden. Die Laufzeit für die erste Phase begann in April 1996 und endete im September 1996. Insgesamt hatten sich 17 Regionen beteiligt. Eine Jury wählte aus den eingereichten Beiträgen drei Sieger aus, die als Modellregionen dienen sollten.

Kriterien für die Auswahl waren u.a.

- "Art, Zahl, Profil und Leistungsfähigkeit der in der Region vor Ort vorhandenen biotechnologisch orientierten Forschungsinstitute, Hoch- und Fachhochschulen,
- bereits ergriffene Maßnahmen zur Ansiedlung bzw. Neugründung biotechnologisch orientierter Unternehmen,
- Finanzierungsbereitschaft von Banken und privaten Anlegern in regionale Biotechnologieunternehmen,
- Genehmigungspraxis für Biotechnik-Anlagen und Freisetzungsversuche in der Region". (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie 1995, 3).

Die drei Sieger waren die BioRegion München, die BioRegion Rheinland und die BioRegion Rhein-Neckar-Dreieck.

Die zweite Phase des Wettbewerbs, die Förderung von Projekten, begann Anfang 1997 und soll im Dezember 2001 enden.

Art und Höhe der Förderung:

Das BMBF förderte die Erstellung des Konzeptes mit bis zu 50% der aufzubringenden Mittel, maximal 100.000 DM. Die drei oben genannten Sieger erhalten in der fünfjährigen Förderphase Priorität bei der Vergabe von Fördermitteln aus dem Fachprogramm "Biotechnologie des BMBF". Wieviel Fördermittel die einzelnen

Regionen erhalten, hängt vom individuellen Förderbedarf in der Region ab. Gefördert werden sowohl industrielle Verbundprojekte und Demonstrationsvorhaben als auch Maßnahmen, die den Informationsaustausch über Innovationsmöglichkeiten in der Biotechnologie in den Regionen dienen, beispielsweise die Durchführung von Workshops. (vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 1995).

Ergebnisse:

Ein Hauptziel des BioRegio-Wettbewerbs ist es, dass das vorhandene Wissenspotential im Bereich der Biotechnologie durch Unternehmen in marktfähige Produkte umgesetzt werden. Die Regionen sollen hierfür die Rahmenbedingungen bieten, damit sich neue Unternehmen gründen und somit Arbeitsplätze geschaffen werden. In Deutschland gab es 1997 173 sogenannte Core-Biotech-Unternehmen, d.h. kleine und mittlere Unternehmen, deren F&E-Umsatz und F&E-Beschäftigtenzahl ausschließlich im Bereich der Biotechnologie lagen. Davon entstanden in den Jahren 1996 und 1997 98. 1998 kamen weitere 49 Unternehmen hinzu. Im europäischen Vergleich lag Deutschland damit bei den Neugründungen von Biotechnologie-unternehmen an erster Stelle. Ein wesentlicher Grund wird hier auch in der Förderpolitik des BMBF gesehen. So finanzierte das BMBF Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der Biotechnologie 1998 mit insgesamt 1 Mrd. DM. (vgl. www.bioregio.com/deutsch/bioregio/regio/bilanz.htm, 6.10.2000). Seit Beginn des BioRegio-Wettbewerbs waren alleine in den Modellregionen 518 Firmen neu entstanden (Stand Februar 2000). In diesen wurden ca. 3500 Arbeitsplätze geschaffen, davon fast ein Viertel in München² (vgl. InWIS 2000).

In allem am Wettbewerb beteiligten Regionen wurden Strukturen geschaffen, die Neugründungen von Unternehmen erleichtern. Wie die nachfolgende Tabelle 1 zeigt, sind die Organisationsformen für die Koordination der Arbeit in den BioRegionen recht unterschiedlich. Einige haben eingetragene Vereine oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung gebildet, andere haben die Koordination bei bereits bestehenden Organisationen wie Wirtschaftsförderungsgesellschaften angesiedelt. Wie die Studie des InWIS über erfolgsfördernde und –hemmende Faktoren für Biotechnologie-Regionen zeigt, wird von Seiten der ExpertenInnen der Organisationsform der Koordinierungsstellen eine erhebliche Bedeutung für die regionale Biotechnologieentwicklung zugesprochen. Als erfolgreicher haben sich hierbei privatwirtschaftliche Organisationen erwiesen. Diese haben den Vorteil, dass sie über einen größeren Handlungsspielraum verfügen, häufig effektiver arbeiten und gegen die Eingriffe von Politik und Verwaltung gefeit sind. So tritt beispielsweise in der BioRegion Berlin-Brandenburg das Problem auf, dass die Koordinierungsstelle in Trägerschaft beider Länderverwaltungen liegt und es zu Zuständigkeitsgerangel zwischen den Verwaltungen kommt. Oder die Akteure der kommunalen Wirtschaftsförderung (wie in Regensburg) sind mit den speziellen Fragen von potentiellen Investoren überfordert. Allerdings bietet die öffentliche Trägerschaft auch den Vorteil, dass die Kommunikations- und Verhandlungswege mit den Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung vereinfacht werden.

²) Einen Überblick über die Anzahl der Unternehmensgründungen und Arbeitsplätze im Bereich der Biotechnologie gibt die nachfolgende Tabelle 1.

Eine Schlüsselfunktion kommt den/der GeschäftsführerIn der Koordinierungsstelle zu. Diese/r sollte im Idealfall sowohl über wissenschaftliche wie auch wirtschaftliche Kompetenzen verfügen. Von besonderer Wichtigkeit sind auch seine/ihre Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern (z. B., wenn es um die Ausweisung von Gewerbegebieten geht), der Wirtschaft und Wissenschaft. Als KoordinatorIn des regionalen Netzwerkes übernimmt sie/er u.a. die Aufgabe, an sie/ihn herangetragene Kontaktwünsche zu Unternehmen, Kapitalgebern und Forschungseinrichtungen herzustellen.

Wichtig für die Arbeit des Netzwerkes ist es, dass die Anzahl der Akteure überschaubar ist und dass es den Beteiligten nicht "übergestülpt" oder "aufgezwungen" wird. Ferner dass ein Gleichgewicht zwischen Akteuren aus dem Bereich der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik herrscht, damit es zu keinen Dominanzen unter den Netzwerkteilnehmenden kommt.

Von den Unternehmensgründern und -gründerinnen werden Kooperationsverhältnisse mit als ein wesentlicher Erfolgsfaktor gesehen. Kooperationen sind gerade im Bereich der Biotechnologie notwendig, weil einzelne hochspezialisierte Funktionen für die Entwicklung und Erstellung von Produkten kombiniert werden müssen. Da der einzelne die hohen Kosten für Labor- und Experimenttechnologie nicht alleine aufbringen kann. Als Problem wird von den Existenzgründern und -gründerinnen im wesentlichen der Einstieg in solche Kooperationsbeziehungen gesehen. Zwar werden von den Koordinierungsstellen Kontaktbörsen angeboten, diese werden von den Gründern aber häufig nicht als so effektiv angesehen. Gründe hierfür sind, dass auf solchen Treffen eine "bunte Mischung" von Vertretern der verschiedenen Teilgebiete der Biotechnologie beteiligt sind und eine gehemmte, teilweise "belauernde" Atmosphäre besteht. Kooperationsbeziehungen entstehen daher eher auf einer anderen Ebene z. B. über Lieferbeziehungen zu einem gemeinsamen Kunden.

Ein zweiter wichtiger Faktor ist die (regionale) Politik. Diese kann z. B. durch eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz der Bevölkerung für die biotechnologische Forschung und Produktion fördern. Zum anderen kann sie dazu beitragen, bürokratische Hemmnisse in den Verwaltungen zu entflechten. Ein positives Beispiel ist die Stadt München. Hier ist die öffentliche Verwaltung dienstleistungsorientiert und hilft den potentiellen Existenzgründern und bereits bestehenden Unternehmen flexibel und kurzfristig. So wird eine Betriebsgenehmigung per Fax in 48 Stunden erteilt. Im Extremfall sieht die Verwaltung es eher als ihre Aufgabe an, mißtrauisch zu sein, Gründe für eine Ablehnung zu finden und den Prozeß zu blockieren.

Ein generelles Problem der regionalen Technologiepolitik ist häufig, dass die politische Rationalität einer sachlichen Rationalität gegenübersteht.

- "So ist es aufgrund sachlicher Rationalität sinnvoll, die Fördermittel auf die Regionen zu konzentrieren, die die vielversprechendsten endogenen Potentiale aufweisen. Die politische Logik tendiert dagegen häufig dazu, Fördermittel breit zu streuen, um verschiedene regionale Klientele zu bedienen.
- Die sachliche Rationalität würde zu gut ausgestatteten, technologiespezifischen "one-stop-locations" tendieren. Politisch rationaler ist es häufig dagegen, die

Domäneninteressen der existierenden Institutionen zu berücksichtigen und diese in ein (weitaus weniger effektives) Netzwerk einzugliedern.

- Aufgrund sachlicher Rationalität würde man privatwirtschaftlich organisierte, gegenüber dem Zugriff von Trägerinteressen gepufferte Koordinierungsstellen einrichten. Politisch ist dies jedoch in der Regel schwerer durchzusetzen als die Gründung eines Vereins, in dem die Träger ihre Interessen unmittelbar artikulieren können, oder die Delegation der Koordinierungsaufgabe an eine existierende Institution oder Behörde“ (InWIS 2000, 178).

Ein Erfolgsfaktor für eine regionale Technologiepolitik ist daher die Überwindung dieser politischen Rationalitäten.

Als Inkubatoren bieten eine Vielzahl von Regionen den Existenzgründern preiswerte Labor- und Büroräume in Technologiezentren an. Diese werden z. T. noch mit anderen Dienstleistungen wie Sekretariatsarbeiten oder Buchhaltung ergänzt. In einigen Regionen wird allerdings bemängelt, dass zu wenig Laborflächen zur Verfügung stehen und dass die vorhandenen Flächen zu teuer sind. Den Unternehmensgründern stehen zum anderen Weiterbildungs- und Beratungsleistungen zur Verfügung. Insbesondere die Weiterbildungsangebote im Bereich der Betriebswirtschaft sind wichtig, da hier nach Aussagen der Existenzgründer bei ihnen die meisten Defizite liegen. Bei den Beratungsleistungen stehen Beratungen über Förderprogramme, Finanzierungsmöglichkeiten und den Patentschutz im Vordergrund. Kritikpunkt bei den Beratungsleistungen der Koordinierungsstellen ist hierbei, dass diese zu unübersichtlich sind und dass die Berater über zu wenig fachlich-technische Qualifikationen verfügen (vgl. InWIS, 2000).

Bei den Finanzierungshilfen werden in erster Linie Beteiligungen - zum Teil in Form von Venture Capitals Fonds - oder Landesprogramme bereitgestellt. Steht auch ausreichendes Kapital zur Verfügung, besteht doch die Schwierigkeit, dass dieses von den Geldgebern nur zögerlich zur Verfügung gestellt wird. Existenzgründern mit guten Ideen werden häufig nicht zugetraut, diese auch in die Praxis umzusetzen. Hier kommt das schon oben angesprochene Problem zum Tragen, dass die Gründer über zu wenig Kompetenzen in Management und Marketing verfügen. Die Universitäten versuchen diesen Problemen inzwischen entgegenzuwirken, indem sie spezielle Studiengänge eingerichtet haben (z. B. Diplomwirtschaftschemiker/in) oder Gründungsseminare anbieten. Ein weiteres Problem ist, dass das Angebot und die Zugangsmöglichkeiten zu den Venture-Capital häufig zu wenig bekannt sind.

Nach ExpertenInnenmeinungen hat der BIORegio-Wettbewerb im wesentlichen zwei Effekte gezeigt:

“Er führt zu einem Stimmungswandel in der deutschen Biotechszene, in dem die langjährige Stagnation von einer nahezu euphorisch zu nennenden Aufbruchstimmung abgelöst wurde, die Wissenschaftler, Unternehmen, Unternehmensgründungen, Kapitalgeber und regionale Akteure ermutigt, in die deutsche Biotech-Industrie zu investieren, was sich klar in den hohen Gründungszahlen niederschlug.

Der BioRegio-Wettbewerb löste nicht nur in den einzelnen Regionen, sondern führte – durch bundesweite Aktivitäten, wie die BMBF-Biotechnologietage – zu einer intensiven Kommunikationskultur, die eine wichtige Voraussetzung für das Entstehen

einer Inkubatoratmosphäre für biotechnische Innovationsaktivitäten bildete" (InWIS 2000, 46).

Aufgrund der Erfahrungen und Ergebnisse des BioRegion-Wettbewerbs hat das BMBF im Frühjahr 2000 einen weiteren Wettbewerb im Bereich der Biotechnologie für Regionen ausgelobt. Der Wettbewerb "BioProfile" richtet sich an Regionen, die besonders in einzelnen Gebieten der Biotechnologie, wie z. B. der Pflanzenbiotechnologie, Stärken aufweisen, diese sollen mit Hilfe des Wettbewerbs gezielt ausgebaut werden. (vgl. www.bioregio.com/deutsch/bioregio/profile/profile_aus.htm, 6.10.2000)

Tabelle 1: BioRegionen in Deutschland

Name	Koordinierungsstelle/ Ansprechpartner	Anzahl der Unternehmen und Arbeitsplätze in der BioRegion 1997-1999
BioRegion Berlin- Brandenburg	BioTOP Büro Berlin-Brandenburg	Gründungen 1997: 10 Gründungen 1998: 18 Gründungen 1999: 22 KMUs in der Biotechnologie: ca. 88 Arbeitsplätze: ca. 2200
BioRegion Bremen	Universität Bremen FB Biotechnologie und Molekulargenetik Prof. Dr. Dietmar Blohm	Gründungen insgesamt: 2 KMUs in der Biotechnologie: 2 Arbeitsplätze: k. A.
BioRegion Freiburg	Stiftung BioMed	Gründungen insgesamt: 19 KMUs in der Biotechnologie: ca. 30 Arbeitsplätze: ca. 200
BioRegion Greifswald Rostock	Bio Technikum Greifswald	Gründungen insgesamt: 20 KMUs in der Biotechnologie: k. A. Arbeitsplätze: 63
BioRegion Halle- Leipzig	Bioregion Halle-Leipzig Management GmbH	Gründungen insgesamt: 17 KMUs in der Biotechnologie: k. A. Arbeitsplätze: >100
BioRegion Jena	BioRegio Jena e.V.	Gründungen insgesamt: 25 KMUs in der Biotechnologie: k. A. Arbeitsplätze: 253
BioRegion Mittelhessen	TransMIT Gesellschaft für Technologietransfer mbH	Gründungen insgesamt: 3 KMUs in der Biotechnologie: 7 Arbeitsplätze: 30
BioRegion München	Bio ^M AG	Gründungen 1997: 18 Gründungen 1998: 24 Gründungen 1999: 12 KMUs in der Biotechnologie: 83 Arbeitsplätze: 850
Bioregion Nord (Hamburg, Kiel, Lübeck, Borstel)	TUHH-Technologie GmbH sowie Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein ttz-SH	Gründungen: 15 KMUs in der Biotechnologie: 30 Arbeitsplätze: 200

BioRegion Nordwestliches Niedersachsen (Weser, Jade, Dollert)	Prof. Meiners, Fachhochschule Ostfriesland/ Fachschule Biotechnik sowie Niedersächsische Agentur für Technologietransfer und Innovation (NATI)	Gründungen: 44 KMUs in der Biotechnologie: k. A. Arbeitsplätze: 350
BioRegion N (Braunschweig, Göttingen, Hannover)	Niedersächsische Agentur für Technologietransfer und Innovation GmbH sowie BioRegion N	Gründungen: 7 KMUs in der Biotechnologie: k. A. Arbeitsplätze: 40
BioRegion Regensburg	BioPark Regensburg GmbH sowie Stadt Regensburg, Amt für Wirtschaftsförderung	Gründungen: 20 KMUs in der Biotechnologie: k. A. Arbeitsplätze: 80
BioRegion Rheinland	BioGenTec NRW e.V.	Gründungen 1997: 15 Gründungen 1998: 7 Gründungen 1999: 15 KMUs in der Biotechnologie: k. A. mittelfristig erwartete Arbeitsplätze: ca. 1300
BioRegion Rhein-Main	Innovations-Management Gesellschaft (IMG)	Gründungen: 18 KMUs in der Biotechnologie: 24 Arbeitsplätze: k. A.
BioRegion Rhein-Neckar-Dreieck	BioRegion Rhein-Neckar Dreieck e.V.	Gründungen: 6 KMUs in der Biotechnologie: k. A. Arbeitsplätze: 39
BioRegionen Stuttgart-Neckar-Alb	Verband Region Stuttgart	Gründungen: 30 KMUs in der Biotechnologie: k. A. Arbeitsplätze: 400
BioRegion Ulm	Förderverein Biotechnologie e. V.	Gründungen: 11 KMUs in der Biotechnologie: k. A. Arbeitsplätze: k. A.

vgl. InWIS 2000, 265ff.

3. Regionen der Zukunft

Entwicklung:

Der Wettbewerb "Regionen der Zukunft – regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung" wurde vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) im September 1997 ausgelobt. Hintergrund hierfür war die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Auf der UN-Konferenz war der Aktionsplan Agenda 21 von den Staats- und Regierungschefs beschlossen worden, der in seinem Artikel 28 die Kommunen aufgefordert hat, mit ihren Bürgern über eine nachhaltige Stadtentwicklung in Dialog zu treten. Hieran anknüpfend waren auf kommunaler Ebene schon zahlreiche Handlungsansätze entwickelt und lokale Bündnisse gegründet worden.

Viele Problemfelder, wie der Gewässerschutz, Abfallentsorgung, Verkehrsplanung oder Freiflächen, machen aber nicht vor den Stadtgrenzen halt, sondern betreffen mehrere Kommunen. Regionale Bündnisse sind hier also notwendig, um diese

Themen zu bearbeiten. Die Regionen stehen vor einer doppelten Herausforderung. Sie stehen unter dem Druck, einen attraktiven Wirtschaftsstandort bieten zu müssen, aber auch negative Auswirkungen auf die Umwelt zu vermeiden.

Für die Wettbewerbsausrichter stellte sich die Frage: inwieweit die regionale Ebene eine Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung spielt und wie regionale Akteure für Aktionspläne für eine nachhaltige Entwicklung gewonnen, motiviert und unterstützt werden können? Der Wettbewerb diente zum einen dazu, Antworten auf diese Fragen zu erhalten und zum anderen die Regionen zur Initiierung und Umsetzung regionaler Agenden für eine ökologische, soziale und ökonomische Entwicklung zu motivieren. (vgl. www.zukunftsregionen.de/knowhow/rio.htm, 19.9.2000).

Der Wettbewerb "Regionen der Zukunft" ist eingebettet in das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) des BMVBW. Das Programm MORO steht für das Umdenken in der Raumordnung zu einer stärkeren Konzentration auf Projekte und einer aktiveren Rolle der Akteure vor Ort. Zudem sollen Modellprojekte erarbeitet und als Impuls oder Korrektiv an die Regionen weitergegeben werden. Themenschwerpunkte bei den Modellvorhaben sind z.B. der vorbeugende Hochwasserschutz, grenzübergreifende Kooperationen in der Raumordnung. Werden diese Vorhaben einzeln unterstützt, so richteten die Initiatoren das Modellvorhaben "Regionen der Zukunft" bewußt als Wettbewerb aus. Sie sahen hierin gegenüber der Einzelbetreuung den Vorteil, dass bei gleichem Mitteleinsatz durch die Bündelung der Organisation und Fachleute mehr Regionen miteinbezogen werden konnten und der regionalen Vielfalt besser Rechnung getragen werden konnte. Zudem erhofften sie sich durch einen Wettbewerb einen größeren Ansporn und Innovationsschub in den Regionen (vgl. Adam, 1998).

Ziele:

Hauptziel des Wettbewerbs war ein "voneinander Lernen" der Regionen beim Aufbau selbsttragender Strukturen für eine nachhaltige Entwicklung. Nachhaltige Entwicklung beschreibt den Prozeß, bei dem wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange gleichermaßen beachtet und zusammengeführt werden. Hierbei soll die Befriedigung der Bedürfnisse der jetzigen Generation so ausgelegt sein, dass auch kommende Generationen die Möglichkeit zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse haben.

Bei den Handlungsansätzen sollten die Regionen folgende vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vorgegebenen Leitziele beachten.

"Ökologische Ziele

- Reduzierung der Freiflächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke,
- Förderung lokaler und regionaler Stoffströme und Energieflüsse,
- Sparsame Nutzung nicht-regenerierbarer Rohstoffe und Energiequellen,
- Reduzierung der Abgabe von Schadstoffen/Emissionen in die Natur.

Soziale Ziele

- Gleichberechtigte Beteiligung und Berücksichtigung der Interessen aller regionalen Akteure und Bevölkerungsgruppen.

Ökonomische Ziele

- Sicherung und Schaffung regionaler Arbeitsplätze in innovativen, umweltorientierten Betrieben,
- Erhaltung und Verbesserung der finanziellen öffentlichen Handlungsspielräume". (www.zukunftsregionen.de/informationen/ziele.htm, 18.9.2000)

Wie die Praxis zeigte, orientierten sich die einzelnen Ziele in den Regionen nach den regionalspezifischen Strukturen. Ländlich strukturierte Räume beabsichtigten ihre natürlichen Ressourcen - große Freiraumflächen - dazu zu nutzen, den Tourismus und den ökologischen Landbau voranzutreiben und erhofften einen ökonomischen Aufschwung in der Region. Großstadträume hatten das Ziel, die Standortqualität zu verbessern und Regionen im Strukturwandel mußten sich völlig neu orientieren und setzen bei ihren Projekten sowohl auf soziale, ökologische wie auch auf ökonomische Ziele. (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, o. J.).

Adressaten:

Der Wettbewerb richtete sich an keine bestimmten Regionen, sondern wurde betont offen gehalten. Es wurden keine Vorgaben an den regionalen räumlichen Zuschnitt gemacht, noch ob sich die regionale Initiative in öffentlicher oder privater organisatorischer Trägerschaft befinden sollte.

Art und Höhe der Förderung:

Anders als die klassischen Förderprogramme des BMVBW, in denen einzelne Projekte gefördert werden und das Ministerium aktiv eingreift, wurde hier auf die Eigeninitiative und das Eigenpotential der Regionen gesetzt. Das Ministerium übernahm lediglich die Rolle eines Initiators und Impulsgebers. Der Wettbewerb sollte für die Regionen eine Plattform bieten, um Kooperationen einzugehen, Ideen auszutauschen und "voneinander zu lernen". Während des Wettbewerbs erhielten die Regionen keinerlei finanzielle Unterstützung. Allerdings bestand für die Regionen die Möglichkeit, sich fachlich und organisatorisch beraten zu lassen. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hatte hierfür eine Projektgruppe eingerichtet und auch das Institut für Organisationskommunikation (IFOK) unterstützte die Regionen bei ihren Vorhaben. (vgl. www.zukunftsregionen.de/presse/art6.htm, 20.9.2000)

18 der 26 teilnehmenden Regionen nahmen das Beratungsangebot an. Die übrigen acht Regionen ließen in ihren Bewerbungsunterlagen schon erkennen, dass ihre Projekte relativ weit entwickelt waren, so dass eine intensive Beratung nicht notwendig war (vgl. Adam, 1998). Im Rahmen des Wettbewerbs wurden drei Plätze vergeben, alle teilnehmenden Regionen erhielten einen "Baum der Nachhaltigkeit".

Verfahren:

Für den Wettbewerb hatten sich insgesamt 130 Regionen aus ganz Deutschland, darunter auch grenzüberschreitende Regionen angemeldet. Die Bewerbungsunterlagen mussten das Programm für eine regionale, innovative Agenda enthalten, in dem die Ziele, Strategien und Projekte für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung aufgezeigt wurden. Für die Beurteilung der Programme in den Regionen erarbeitete das BBR Kriterien heraus, die die Transparenz und eine

ganzheitliche Beurteilung der Bewerbungsunterlagen ermöglichten. Diese umfaßten die Innovation der Projekte, die Dialog- und Kooperationsbereitschaft der Region mit ihren Bürgern und die Bildung eines gemeinsamen Problem- und Potentialraumes in der Region. Auf dem Informationstreffen im Dezember 1997 in Bonn hatten die sich zum Wettbewerb angemeldeten Regionen, die Möglichkeit eigene weitergehende Beurteilungskriterien vorzuschlagen. Die vom BBR erarbeiteten Kriterien und durch die Teilnehmerregionen ergänzten Kriterien bildeten schließlich die Grundlage für die Bewertung der Jury.

Der Kriterienkatalog umfasste folgende Punkte:

1. "Abgrenzung eines gemeinsamen Problem- und Potentialraumes.
2. Breite Abdeckung der Handlungsfelder im regionalen Kontext.
3. Verknüpfung der verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit in den einzelnen Strategien und Projekten.
4. Innovationscharakter der Projekte, Ideen und Konzepte.
5. Übergreifende und hinreichend detaillierte Verbund- und Kooperationsprojekte.
6. Breite Interessenberücksichtigung und Einbindung verschiedener Akteurs- und Betroffenheitsgruppen im Agenda-Prozeß.
7. Bedarf für Wettbewerb muß gegeben sein/Nutzen des Wettbewerbs ist wichtig für die Region." (www.zukunftsregionen.de/informationen/kriterien.htm, 19.9.2000)

Von den 87 Bewerberregionen kamen 31 aus den Neuen Bundesländern. 36 der 87 Bewerberregionen waren Organisationen in Form von Verbänden, Initiativen, Arbeitsgemeinschaften und GmbH's. Am stärksten vertreten waren hierbei Kooperationen zwischen Landkreisen und Kommunen (26 Bewerbungen). Danach kamen Planungsverbände (23 Bewerbungen), die sich durch überdurchschnittliche Wettbewerbsbeiträge auszeichneten. (www.zukunftsregionen.de/informationen/kriterien.htm, 19.9.2000)

Insgesamt wurden 26 Modellregionen von einer Expertenjury ausgewählt, die am 29. Juni 1998 vom damaligen Bundesbauminister Oswald in Würzburg mit dem Prädikat "Region der Zukunft – auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung" ausgezeichnet wurden. Mit dieser Veranstaltung - dem ersten Innovationsforum - begann die Ideenphase des Wettbewerbs. In dieser Phase sollten die Regionen ihre umsetzungsorientierten Projekte und Konzepte weiter entwickeln. Schwerpunkt des 1. Innovationsforums waren die Arbeitsforen, in denen die Teilnehmer über Erfolgs- und Mißerfolgskriterien einer nachhaltigen Regionalentwicklung diskutierten. Themen der Arbeitsforen waren: Siedlungs- und Flächenentwicklung, Verkehrsbeziehungen, Stoff- und Energieflüsse, Tourismus, Kultur und Bildung, Dialog und Kooperation. Erfolgsfaktoren für den Prozeß einer nachhaltigen Entwicklung waren nach Ansicht der Akteure

- "Beteiligung von Bürgern und Akteuren über Medien und Foren.
- Die Bereitstellung von Kapital (vor allem Startkapital durch Bund und Investoren).
- Herstellung eines politischen Konsenses unter Einbindung der Wirtschaft.
- Innerkommunale Kooperation und Netzwerke.
- Nutzung von Synergieeffekten und Erschließung endogener Potentiale.

- Zulassung und Förderung von Innovationen und neuen Ideen.“ (www.zukunftsregionen.de/veranstaltungen/if1/hf4.htm, 25.9.2000)

Als Misserfolgskriterien wurden angesehen

- “Mangel und Starrheit der Fördermittel, die keine Experimente ermöglichen.
- Hemmende äußere Rahmenbedingungen (EU-Strukturen).
- Kommunaler Eigennutz vor Gemeinnutz und Standortegoismen sowie mangelndes Regionalbewußtsein.
- Schwerfälligkeit bei neuen Entwicklungen.
- Mangel an Forschungsdaten zu regionalem Markt und regionalen Besonderheiten.
- Mangel an Bürgerbeteiligung.
- Auftreten neuer Konkurrenz (Direktvermarktung/Handwerk).“ (www.zukunftsregionen.de/veranstaltungen/if1/hf4.htm, 25.9.2000)

Die erste Phase endete im Juli 1999 mit dem 2. Innovationsforum in Göttingen. Schwerpunkt dieser Phase war die Konkretisierung der Projekt- und Konzeptideen der teilnehmenden Regionen. Im Mittelpunkt der Arbeitsforen auf dem Innovationsforum standen die Vorstellungen von Forschungsergebnissen und deren Erschließung für die Praxis. Zum anderen wurden Praxisbeispiele aus den Regionen präsentiert. Hier wurde von den Teilnehmern nochmals betont, wie wichtig die breite Beteiligung von Akteuren aus verschiedenen Handlungsfeldern und ihre Dialog- und Kooperationsbereitschaft für den Erfolg der Projekte ist. (vgl. www.zukunftsregionen.de/veranstaltungen/if2/main.htm 26.9.2000)

Beide Innovationsforen standen nicht nur den Wettbewerbsteilnehmern offen, sondern auch die Regionen, die nicht zu den 26 ausgewählten Regionen zählten, hatten die Möglichkeit, an den Wettbewerbsprozeß teilzunehmen. Auf dem letzten Innovationsforum im Februar 2000 stand die zukünftige Rolle der Regionen für eine nachhaltige Entwicklung im Mittelpunkt. Diskutiert wurde hier unter anderem der Handlungsspielraum der Regionen in einer globalen Welt (vgl. www.zukunftsregionen.de/veranstaltungen/if3/main.htm, 25.9.2000).

An diese Phase schloß sich die Realisierungsphase an, in der die Wettbewerbsteilnehmer ihre entwickelten Konzepte umsetzen sollten. Hierbei war es zumindest Ziel, die “Umsetzungsreife” der Projekte zu erlangen, d.h. die Festsetzung von Haushaltsmitteln für die Projekte oder Vertragsabschlüsse mit Investoren.

Begleitet wurden die einzelnen Phasen von Start-Workshops, Kreativwerkstätten und Fachveranstaltungen. Die Start-Workshops wurden vom IFOK organisiert, koordiniert und gestaltet. Die Workshops fanden vor Ort in den Regionen statt und dienten zum gegenseitigen kennenlernen. Es wurden die Stärken und Schwächen der Region analysiert und auf dieser Basis ein individueller Betreuungs- und Beratungsbedarf erarbeitet. Dieses Angebot besteht auch nach Ende des Wettbewerbs. Die Regionen wurden hierbei von einem persönlichen Regionalbetreuer begleitet. In regelmäßig stattfindenden Gesprächen wurden Probleme erläutert, sich über die Projektarbeit informiert und bestehender Beratungsbedarf ermittelt.

Die vier bundesweiten Kreativwerkstätten dienten dazu, den Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen zu fördern. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen stand die gemeinsame Entwicklung von konkreten Lösungsansätzen für die Problemfelder einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Unterstützt wurden die Regionen hierbei von externen Experten. Diskutiert wurde beispielsweise auf der 1. Kreativwerkstatt die Übertragbarkeit von erfolgreichen Projekten auf andere Regionen. Als grundlegende Faktoren für erfolgreiche Projekte wurden hier u. a. angesehen, die frühzeitige Einbindung der politischen Akteure, kleine Arbeitsgruppen, die Anbindung der Organisation an bestehende Institutionen, die Einbindung von Unternehmen anstelle von Unternehmensverbänden, Bildung flexibler Strukturen z. B. durch eine GmbH. (vgl. www.zukunftsregionen.de/veranstaltungen/kreat/main.htm, 25.9.2000)

Auf den Fachveranstaltungen hatten die Regionen die Möglichkeit Fragen zu besprechen. Da in den Regionen zumeist ein ähnlicher Beratungsbedarf aufkam, wurden diese Fragen thematisch gebündelt und behandelt. Zusätzlich hatten die Regionen die Möglichkeiten, ihre Projekte im Internet der Öffentlichkeit und anderen Regionen vorzustellen.

Höhepunkt des Wettbewerbs war die Veranstaltung Urban 21 im Juli 2000 in Berlin, auf der die Regionen die Möglichkeit hatten, ihre Projekte einem internationalen Fachpublikum vorzustellen und die Preisträger bekannt gegeben wurden. (www.zukunftsregionen.de/informationen/ablauf.htm, 19.9.2000)

Die Preisträger waren:

1. Preis

Metropolregion Hamburg, Großraum Braunschweig, Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau, Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben, Region Freiburg/Breisgau-Hochschwarzwald/Emmendingen, Modelregion Märkischer Kreis, Region Rhön, Region Cham

2. Preis

Großstadtreionen: Stuttgart, Deutsch-französischer Kooperationsraum PAMINA, Region München, EXPO-Region Hannover,
städtisch geprägte Regionen: Zukunftsregion Südraum Leipzig, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg Industrielles Garten-reich, Starkenburg, Südniedersachsen,
ländlich strukturierte Gewinner: Mecklenburgische Seenplatte, Eider-Treeene-Sorge, Aller-Leinetal, Teilraum Deggendorf/Plattling, Region Nordthüringen

3. Preis

Zukunftsregion Prignitz-Oberhavel, Deutsch-niederländische Kooperation EUREGIO, Region Havelland-Fläming, Kooperationsregion Frankfurt-Rhein-Main-Wiesbaden (vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2000).

Schon vor Ende des Wettbewerbs hatten die teilnehmenden Regionen eine Resolution verabschiedet, in der sie vorschlugen, das Netzwerk der Regionen auch nach Ende des Wettbewerbs weiter zu fördern und die Beachtung der Nachhaltigkeitskriterien in die Förderrichtlinien der Regionalentwicklung aufzunehmen. Sie wiesen darauf hin, dass innovative Lösungsansätze entwickelt und

schon sichtbare Erfolge in den Regionen erzielt worden sind. Besonders hoben die Regionen die europäische Dimension des Wettbewerbs hervor. Da die Regionen auf der Ministerkonferenz für Raumordnung 1995 zum Motor und Gestalter eines nachhaltigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ernannt worden sind, wäre es sinnvoll ein europaweites Netzwerk der "Regionen der Zukunft" zu bilden. (www.zukunftsregionen.de/presse/resoluti.htm, 20.9.2000)

Ergebnisse:

In den Regionen wurden unterschiedliche Projekte initiiert und durchgeführt. Die Beispielhaftesten hat das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung im Auftrag des BMVBW in dem Handbuch "Gute Beispiele einer nachhaltigen regionalen Raum- und Siedlungsentwicklung" veröffentlicht. Das Handbuch soll Praktikerinnen und Praktikern in den Regionen aufzeigen, wie regionale Projekte entwickelt und implementiert werden können.

Hauptergebnisse der Untersuchung sind, dass für eine erfolgreiche Projektarbeit

- Netzwerke mit den Akteuren unterschiedlicher Handlungsfelder gebildet werden müssen. So können die unterschiedlichen Handlungs- und Problemfelder in der Region erfaßt und Lösungsmöglichkeiten gesucht werden;
- eine Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit notwendig ist, die nicht mehr nur alleine informiert, sondern ein bewußtes Nachvollziehen und handlungsorientiertes Lernen vermittelt. Dies sind wesentliche Voraussetzungen für eine breite Unterstützung und Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen;
- sog. weiche Steuerungsinstrumente wie Verhandlung, Pflege des Wirtschaftsklimas, Aufklärung durch Information und Aufbau von Vertrauensbeziehungen immer mehr an Bedeutung gewinnen;
- eine ausreichende finanzielle Grundausstattung vorhanden sein muß. Wichtig ist hierbei für die Selbstbindung der Akteure, dass sie sich auch mit eigenen finanziellen Mitteln beteiligen. Sollen die Projekte langfristig Erfolg haben, müssen förderungsunabhängige Organisationsformen installiert werden. (vgl. www.zukunftsregionen.de/knowhow/ioew.htm, 26.9.2000)

4. Initiative für Beschäftigung!

Entwicklung:

Die Initiative für Beschäftigung! wurde im Dezember 1998 von Prof. Jürgen Strube (Vorsitzender des Vorstands der BASF Aktiengesellschaft), Reinhard Mohn (Mitglied des Vorstands der Bertelsmann Stiftung) und Hubertus Schmoldt (Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie) vor dem Hintergrund gegründet, dass die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt partei-, lager- und organisationsübergreifende Kooperationen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten notwendig machte. Die Initiative möchte damit ein Signal setzen für die Übernahme gesellschaftlich politischer Verantwortung und ein engagiertes Handeln der Akteure in ihrem jeweiligen Handlungsfeld. Die regionale Ebene wird dabei als idealer Ort für die Bündelung geeigneter Aktivitäten angesehen, weil Lösungen hier entwickelt und konkret umgesetzt werden können. Lösungsmodelle sollen hierbei nicht nur wirtschaftliche Innovationen einschließen,

sondern auch politische und soziale Innovationen. Die Initiative für Beschäftigung! ist zunächst für eine Laufzeit von drei Jahren geplant.

Ziele:

Die Ziele der Initiative für Beschäftigung sind:

- "Konsens über Bedeutung und Zielrichtung gemeinsamen Handelns herzustellen,
- beschäftigungsfördernde Aktivitäten, erfolgreiche Maßnahmen und Instrumente zu identifizieren,
- die Umsetzung und Weiterentwicklung von innovativen Lösungen auf dezentraler Ebene zu forcieren und zu unterstützen,
- einen Ideen- und Erfahrungsaustausch zwischen Regionen zur Vermittlung, Verbreitung, Umsetzung solcher Lösungen zu organisieren und
- die Ergebnisse in Politik und Öffentlichkeit zu tragen." (www.initiative-fuer-beschaeftigung.de, 4.9.2000)

Adressaten:

Im Prinzip jede Region in Gesamtdeutschland, in der ein Mitglied des Initiativkreises bereit ist, ein regionales Netzwerk zu gründen und sich ausreichend kompetente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bereit erklären, in dem Netzwerk mitzuarbeiten.

Art und Höhe der Förderung:

Die Overhead-Kosten für die "Initiative für Beschäftigung!", wie z. B. Kongresse, Publikationen, Unterhaltung der Webside, Gründungsveranstaltungen regionaler Netzwerke, werden von den drei Gründungsinitiativen BASF, Bertelsmann-Stiftung und IG Bergbau, Chemie und Energie finanziert. Die Mittel für die Arbeit der regionalen Netzwerke und die dort initiierten Projekte werden von den Mitgliedern des Regionalnetzwerkes akquiriert, so dass für die Projekte öffentliche Mittel (z. B. Europäischen Sozialfonds, Bundesanstalt für Arbeit), aber auch Gelder aus der privaten Wirtschaft eingesetzt werden.

Verfahren:

Neben den drei Gründern arbeiten einflußreiche Persönlichkeiten in einem bundesweiten Initiativkreis für Beschäftigung zusammen. Die Mitglieder dieses Kreises unterstützen den Initiativkreis entweder als Multiplikatoren und werben öffentlich für die Ziele der Initiative oder als Initiator von eigenen Netzwerken in ihrer Heimatregion, um Beschäftigungsprojekte zu initiieren. Die laufenden Geschäfte des Initiativkreises werden von einem Exekutivstab geführt. Dieser besteht aus Vertretern der Gründungsorganisationen BASF AG, Industrie-gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie und der Bertelsmannstiftung sowie dem Institut für Organisationskommunikation (IFOK), das die Initiative fachlich und organisatorisch unterstützt³.

Der Exekutivstab

³) Das IFOK hatte zu Beginn der Initiative rund 1000 Beschäftigungsprojekte im Europa recherchiert und 50 besonders empfehlenswerte Projekte vorgestellt, die als Ansätze für die regionalen Netzwerke dienen sollen.

- übernimmt die Koordination der Arbeiten der Gesamtinitiative,
- ermöglicht einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen Netzwerken,
- fördert die Arbeit der regionalen Netzwerke durch regionale Auftaktveranstaltungen,
- vermittelt Experten und
- informiert die Öffentlichkeit über die Initiative.

Arbeitsweise der regionalen Netzwerke:

Die regionalen Netzwerke werden von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegründet, die Mitglieder des bundesweiten Initiativkreises sind. Aufgabe des Initiators ist es, die Mitglieder des regionalen Netzwerkes auszuwählen. Hierbei soll er etwa 30 engagierte Persönlichkeiten aus der Region ansprechen, die aus Politik und Verwaltung, Industrie und Handwerk, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen wie Verbänden, Kirche kommen. Die Einbindung dieser Akteure soll dabei nicht nach repräsentativen Gesichtspunkten erfolgen, sondern entsprechend den Problemen vor Ort. Ferner leitet der Initiator die Sitzungen des regionalen Netzwerkes auf der Spitzenebene und vertritt es in der Öffentlichkeit. Er benennt zudem einen Projektleiter, der die Arbeit des regionalen Netzwerkes und seiner Arbeitsgruppen koordiniert.

Die Netzwerkmitglieder analysieren den Handlungsbedarf in der Region und bilden dementsprechende Arbeitsgruppen. Jede Arbeitsgruppe legt für ihren Themenbereich Ziele fest und entwickelt konkrete Projekte, um diese umzusetzen. Geleitet werden die Arbeitsgruppen von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen, wie z. B. Leiter örtlicher Arbeitsämter, Personen aus Unternehmen oder Forschungseinrichtungen. Die Arbeitsgruppen arbeiten im Prinzip selbständig, werden jedoch fachlich beraten, erhalten Hilfestellung bei der Projektkoordinierung und der Moderation zentraler Sitzungen (vgl. Bertelsmann Stiftung, 2000).

Ergebnisse:

Wie die Tabelle 2 zeigt, sind es zumeist Vorstandsvorsitzende bzw. –mitglieder großer Konzerne, die die Regionalnetzwerke gegründet haben. Hierin könnte das grundsätzliche Problem der Initiative liegen. Eine Initiative für Beschäftigung! wird sich kaum in Regionen mit nur klein- und mittelständischen Unternehmen gründen.

In den 18 regionalen Netzwerken arbeiten über 2000 Multiplikatoren und Entscheider an 200 Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten. Als größter Vorteil der Initiative für Beschäftigung! wird von den Initiatoren die effektive Zusammenarbeit in den Regionalnetzwerken gesehen. Hier besteht die Möglichkeit sich mit den verschiedenen Entscheidern aus Wirtschaft, Verwaltung und Gewerkschaften zusammensetzen und über Handlungs- und Lösungsmodelle zu diskutieren. (vgl. www.initiative-fuer-beschaeffigung.de/content.php3?jback=1&content=docview,2958, 10.10.2000)

Die Projekte der Initiative für Beschäftigung! können in folgende Kategorien unterteilt werden:

- Benachteiligte ins Berufsleben helfen!
- Jugendliche ins Berufsleben integrieren!
- Existenzgründungen fördern!

- Arbeitsplätze sichern!

Betrachtet man die Projekte einzelner Initiativen fällt auf, dass sie sehr praxisorientiert sind. Beispielsweise ist im Regionalnetzwerk Rhein-Neckar-Dreieck ein Projekt "Qualipass" initiiert worden. Hier haben Jugendliche die Möglichkeit, ehrenamtliche Tätigkeiten in einen Qualifikationspass eintragen zu lassen. So erhalten zukünftige Arbeitgeber mehr Informationen über Bewerber und für die Jugendlichen bietet dieser Pass den Vorteil, das Manko eines schlechten Zeugnisses oder einer abgebrochenen Lehre ausgleichen zu können (vgl. Bertelsmann Stiftung, 2000).

Als allgemeines Problem, dass von den Akteuren der Initiative für Beschäftigung in ihrer Botschaft "Freiräume schaffen und Kooperationen fördern" angesprochen worden ist, sind die geringen Spielräume zur Gestaltung regionaler Arbeitsmärkte. Gefordert werden hier größere Handlungsräume der örtlichen Arbeitsämter und eine Reduzierung der Regelungsdichte in den Gesetzen, insbesondere bei den Arbeitsförderungsgesetzen. Zudem sollten stärkere Anreize für arbeitsmarktpolitische Innovationen angeboten werden. Dies könnte durch Wettbewerbe oder die Unterstützung von regionalen Netzwerken geschehen. (vgl. www.initiative-fuer-beschaeftigung/content.php3?&cback=&jback=content=doc_pages,projektmesse_berliner-botschafte, 3.11.2000)

Tabelle 2: Regionalnetzwerke der Initiative für Beschäftigung!

Regionalnetzwerk	Gründer	Gründungsdatum	Arbeitskreis
Bautzen	Christian Schramm (Oberbürgermeister von Bautzen)	27.9.1999	k .A.
Berlin-Potsdam	Dr. Norbert Bensel (Vorstandsvorsitzender der Daimler Chrysler Services AG) Dr. Klaus Mangold (Vorstandsmitglied der Daimler-Chrysler Services AG)	9.6.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung und Qualifizierung • Förderung von Unternehmensgründungen • Verknüpfung Arbeitsmarkt- und Personalpolitik
Düsseldorf	Dr. Manfred Krüpper (Vorstandsmitglied der E.ON AG)	5.10.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung und Qualifizierung • Gründungsmentalität und Existenzgründung fördern • Arbeit und Transfer
Frankfurt/Main	Dr. Hugo Müller-Vogg (Herausgeber FAZ) Dr. Tessen von Heydebreck (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG) Paul Coenen (Vorstandsmitglied der Degussa-Hüls AG) Dr. Thomas Schoenberg (Vorstandsmitglied der Degussa-Hüls AG)	12.1.2000	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von Existenzgründern und jungen Unternehmen • Vermittlungs- und Flexibilitätsinitiative Rhein-Main • Beschäftigung sichern, Arbeitslosigkeit vermeiden

Halle-Merseburg	Elmar J. Deutsch (Vorstandsvorsitzender der Dow Deutschland Inc.)	5.11.1999	k. A.
Hamburg	Dr. Michael Otto (Vorstandsvorsitzender des Otto- Versands) Bernd Wrede (Hapag-Lloyd AG)	3.5.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Berufsorientierung und Ausbildung von jungen Menschen • Arbeitsangebote für Langzeitarbeitslose • flexible Arbeitzeitsysteme
Hannover	Hubertus Schmoldt (Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie) Dr. Hans-Dieter Harig (Vorstandsvorsitzender Preussen Elektra AG) Dr. h.c. Peter Hartz (Vorstandsmitglied der Volkswagen AG) Dr. h. c Herbert Schmalstieg (Oberbürgermeister Hannover) Dr. h.c. Wolfgang Schultze (Vor- standsmitglied der Preussag AG)	21.5.1999	k. A.
Leipzig/Westsachsen	Walter Christian Steinbach (Regierungspräsident Leipzig)	22.4.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt
Nürnberg-Erlangen	Dr. Siegfried Balleis (Oberbürgermeister von Erlangen)	14.3.2000	k. A.
Osnabrücker Land	Heinz-Eberharf Holl (Oberkreisdirektor Osnabrücker Land)	1.3.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung und Forcusierung innovativer Arbeits(zeit)formen • Erschließung neuer Arbeits- felder mit Unternehmen zur Integration benachteiliger Personen • Förderung von Selbständigkeit und Unternehmertum • Jugendliche den Übergang in den Beruf erleichtern • Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Ostwestfalen	Dr. Mark Wössner (Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann-Stiftung)	6.3.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Dienstleistungen und Bestandsentwicklung • Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsorganisation von Arbeitszeit • Förderung von Existenzgründungen • Integration Arbeitsloser • Jugendliche • Qualifizierung

Rhein-Neckar	Prof. Dr. Jürgen Strube (Vorstandsvorsitzender der BASF AG) Helmut Becks (Arbeitsdirektor BASF AG)	18.1.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierung von Jugendlichen für das Berufsleben • Wie lassen sich benachteiligte Personen in das Arbeitsleben integrieren? • Wie kann die Marktlücke personenbezogener Dienstleistungen gefüllt werden? • Netzwerkprojekte (Umweltschutz) im Rhein-Neckar-Dreieck • Netzwerkprojekte (Medien) im Rhein-Neckar-Dreieck • Wie können wir innovative Arbeit(zeit)formen in Wirtschaft und Verwaltung forcieren? • Wie können Selbständigkeit und Unternehmertum gefördert werden?
Ruhrgebiet	in Planung		
Stuttgart	Jörg Menno Harms (Hewlett-Packard GmbH) Dr. Hermann Scholl (Robert Bosch GmbH)	27.9.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmensorientierte und praxisnahe Berufsvorbereitung und Ausbildung von Jugendlichen • Geringqualifizierte und andere Problemgruppen des Arbeitsmarktes • Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisieren • Beschäftigungsförderung durch Selbständigkeit und unternehmerisches Handeln in marktfähigen Bereichen
Thüringen	Prof. Dr. Joachim Milberg (Vorstandsvorsitzender BMW) Dr. Horst Teltchik (Vorstandsmitglied BMW)	6.7.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierung • Stärkung der Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen • Ausbau des Automobilclusters Westthüringen • Neue Dienstleistungen
Westfalen	Klaus Peter Löbbe (Vorstandsvorsitzender der BASF Coatings AG) Werner Bandle (Vorstandsmitglied der BASF Coatings AG)	12.10.1999	<ul style="list-style-type: none"> • Flexibilität durch Arbeitskräftepools • Eingliederung von Problemgruppen des Arbeitsmarktes • Jugendarbeitslosigkeit • Existenzgründungen

vgl. www.initiative-fuer-beschaeftigung, 9.10.2000

5. Territoriale Beschäftigungspakte

Entwicklung:

Die Initiative "Territoriale Beschäftigungspakte" wurde von der Europäischen Kommission 1996 vor dem Hintergrund initiiert worden, dass trotz Bemühungen von Politik, Behörden, Wirtschaft, Sozialpartnern und umfangreiche finanzielle Unterstützung für Beschäftigungspolitische Programme es noch nicht zu einer spürbaren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gekommen war. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft hatten auf ihrer Gipfelkonferenz im Mai 1996 in Florenz beschlossen, die Europäischen Strukturfonds stärker auf das Handlungsfeld Beschäftigung auszu-richten. Sie erkannten die Notwendigkeit an, Kooperationen zu bilden, um Arbeitsplätze zu schaffen wie es die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung "Für Beschäftigung in Europa: ein Vertrauenspakt" beabsichtigt hatte. Schon kurz darauf wurde mit der Territorialen Beschäftigungspakte begonnen. Die Regionen wurden aufgefordert, einen Territorialen Beschäftigungspakt zu bilden. Insgesamt sind EU-weit 89 Regionen dem Aufruf gefolgt; davon neun aus Deutschland. Im November 1999 stellten die beteiligten Regionen auf der Konferenz zur Verbreitung der Territorialen Beschäftigungspakte in Brüssel ihre Projekte vor (vgl. www.pakte.de/html/index3/html, 29.9.2000).

Parallel hierzu wurde das Thema Beschäftigung offiziell von den Europäischen Mitgliedsstaaten in die Agenda aufgenommen. Im Juni 1997 einigten sich die Staatschefs auf den Vertrag von Amsterdam, der zum 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist. Dieser sieht u. a. als Beschluss vor, die Arbeitslosigkeit europaweit gemeinsam zu bekämpfen. Schwerpunkte sind hierbei:

- "Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Entwicklung des Unternehmensgeistes,
- Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Beschäftigten
- und Verstärkung der Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern" (Europäische Kommission 1999a, 7).

Einigkeit herrscht in den Mitgliedsstaaten darüber, dass eine europaweite Beschäftigungspolitik mit ihren Förderinstrumenten aber nur dann ihre volle Wirkung entfalten kann, wenn die regionalen und lokalen Akteure miteingebunden werden. So sind die beschäftigungspolitischen Leitlinien für das Jahr 2000 der EU dahingehend ausgebaut worden, dass die Mitgliedstaaten Maßnahmen fördern sollen, "die darauf abzielen, die Möglichkeiten für die Schaffung von Arbeitsplätzen auf lokaler Ebene und in der Sozialwirtschaft, insbesondere in neuen Betätigungsfeldern, in denen es um die Befriedigung eines vom Markt noch nicht abgedeckten Bedarfs geht, voll auszuschöpfen. Sie werden prüfen, welche Hindernisse dem gegenüberstehen und wie diese Hindernisse abgebaut werden können. Hierbei ist der besonderen Verantwortung der Partner auf regionaler und sozialer Ebene sowie der Sozialpartner in stärkerem Maße Rechnung zu tragen" (Europäische Kommission 1999a, 7).

Dies und die Erfahrungen mit den Territorialen Beschäftigungspakten der Pilotphase haben dazu geführt, dass die Beschäftigungspakte in den 1999 reformierten Strukturverordnungen aufgenommen wurden und gefördert werden können.

Ziele:

Hauptziel des EU-Projektes war es, dass sich auf lokaler bzw. regionaler Ebene Kooperationen mit Akteuren verschiedener Organisationen bilden, die es möglich machen,

- "die Probleme, Anliegen und Aussichten der verschiedenen Akteure festzustellen, die in dem betreffenden Gebiet im Bereich der Beschäftigung tätig sind;
- alle verfügbaren Mittel für eine integrierte Strategie einzusetzen, die von allen betroffenen Partnern akzeptiert wird, deren tatsächlichen Bedürfnissen entspricht und in einer als 'Territorialer Beschäftigungspakt' bezeichneten Vereinbarung formal festgelegt wird;
- die Beschäftigungsmaßnahmen besser zu integrieren und zu koordinieren;
- beispielhafte Aktionen und Maßnahmen zugunsten der Beschäftigung verwirklichen" (Europäische Kommission 1999a, 19).

Adressaten:

Adressaten der Förderung im Rahmen der "Territorialen Beschäftigungspakte" waren Regionen bzw. Städte, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht und aus diesem Grund im Rahmen der strukturpolitischen Ziele der Europäischen Union förderbar sind. Die sich zu einem Territorialen Beschäftigungspakt zusammenschließenden Regionen bzw. Städte mußten vergleichbare sozioökonomische Merkmale haben.

Art und Höhe der Förderung:

Voraussetzung für die Förderung des Territorialen Beschäftigungspaktes war es, dass die Europäische Kommission den von den regionalen Partnern vorgelegten Aktionsplan genehmigt. Die Pakte erhielten eine Anschubfinanzierung in Höhe von 200.000 Euro pro Pakt. Diese Mittel stammten aus den verschiedenen Fördermitteln der Europäischen Kommission, wie den Europäischen Sozialfonds. Diese Gelder gewährleisteten eine Förderung von 80% für zwei Jahre, die restlichen 20% mußte von den Pakten selber aufgebracht werden. Viele der Territorialen Beschäftigungspakte in Deutschland hatten diese Mittel dazu verwendet, ein Koordinierungsbüro für die Koordination der Arbeit der Akteure und Projekte einzurichten.

Des weiteren förderte die Europäische Kommission die fachliche Begleitung der Pakte durch die Finanzierung von Experten. In Deutschland hatte die ZENTIT GmbH in Mülheim/Ruhr diese Aufgabe übernommen. Zudem förderte die Europäische Kommission die Bildung eines Netzwerkes zwischen den Pakten der Mitgliedsstaaten.

Für die Finanzierung der Projekte im Rahmen des Aktionsplans mußten die Pakte allerdings andere Quellen suchen, wie Landes- und Bundesmittel, Mittel aus den Strukturfonds (vgl. Besse/Guth 2000).

Verfahren:

Der Territoriale Beschäftigungspakt sollte drei Kriterien erfüllen:

- die Initiative für die Bildung eines Paktes soll von den Akteuren vor Ort ausgehen und nicht von einer übergeordneten Behörde (Bottom-up-Ansatz),

- es sollen möglichst viele Akteure aus verschiedenen Handlungsfeldern, die an der Schaffung von Arbeitsplätzen beteiligt sind, miteingebunden werden. Diese sollen sich nicht nur in formaler Weise an dem Beschäftigungspakt beteiligen, sondern eigene finanzielle oder fachliche Beiträge zu den Projekten leisten,
- die einzelnen Projekte sollen in den Gesamtaktionsplan koordiniert und integriert werden. Sie sollen innovative Ideen enthalten, um die Beschäftigungssituation in der Region langfristig zu verbessern.

Dementsprechend ist das Verfahren strukturiert, das die Europäische Kommission zur Bildung eines Territorialen Beschäftigungspaktes vorsah:

Die Initiative zur Formierung eines Territorialen Beschäftigungspaktes sollte von einer staatlichen Stelle in der Region ausgehen, die über ausreichende Kompetenzen verfügt, um auf die Beschäftigungssituation in der Region Einfluss zu nehmen. Der Initiator sollte dann möglichst alle wichtigen privaten und öffentlichen Akteure im Bereich der Beschäftigung auffordern, sich an der Bildung und Entwicklung eines Beschäftigungsprogrammes gegen die Arbeitslosigkeit in der Region zu beteiligen.

Hierbei sollte eine breite Spannweite von Akteuren verschiedener Organisation eingebunden werden, wie die nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen, Vertreter der Wirtschaft, Banken, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Sozialpartner, Handwerks- und Handelskammer, Vereinigungen, die mit dem wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess in der Region beschäftigt sind und die Vorsitzenden der für die Strukturinterventionen der EU eingesetzten Begleitausschüsse.

Die Akteure sollten zunächst die Beschäftigungssituation vor Ort, die Ursachen der Unterbeschäftigung und die Stärken und Schwächen der Region analysieren, um geeignete Beschäftigungsmaßnahmen zu entwickeln. Hierbei sollten schon erfolgreiche Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen ermittelt und erörtert werden, Akteure sollten eigene Erfahrungen einbringen. Die Partner sollten festlegen wie die Zusammenarbeit zwischen ihnen ablaufen sollte und welche Möglichkeiten jeder Partner hat, sich finanziell, fachlich und organisatorisch einzubringen.

Die Partner erarbeiteten einen Aktionsplan, der die Ziele und erwarteten Resultate der Beschäftigungsprogramme aufführte, welche Zielgruppe angesprochen wurden und in welchem Gebiet die Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Die Maßnahmen sollten dabei so konkret wie möglich verfaßt sein. Zudem legten die Partner fest, welche finanziellen Verpflichtungen sie selber übernehmen (vgl. Europäische Kommission 1999a).

Dass es innerhalb des Bündnisses zu Kommunikationsproblemen kommen kann, zeigt eine Studie des Koordinationsbüros im Landkreis Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern. Für die Studie wurden 70 Akteure befragt, um Kommunikations- und Informationsprobleme aufzuzeigen und zu klären inwiefern moderne Informations- und Kommunikationstechnologien diese Probleme lösen könnten. Als Kommunikationsprobleme wurden hier angesprochen:

- Die Verwaltung nehme ihre Rolle als Koordinator von Kommunikationsprozessen zu wenig wahr, so "schlafen" funktionierende InfoRunden von Seiten der Verwaltung ein, falls sie nicht ständig von den anderen Akteuren gefordert werden.
- Die Verwaltung reagiere oft zu langsam.
- Auf Anregungen von Unternehmen komme kein Feedback, so dass viele Unternehmen es aufgegeben haben als Sender von Informationen aufzutreten.
- Für die Unternehmen stehe die tägliche Arbeit deutlich im Vordergrund, Diskussionen über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises "fallen hier hinten runter".
- Die Konkurrenz der Träger von beschäftigungsfördernden Maßnahmen führe zu einer sehr eingeschränkten Kommunikation unter ihnen.
- Ein Informationsaustausch der Träger untereinander und mit Verwaltungen, z. B. über die Übertragbarkeit von Projekten, finde kaum oder nicht mehr statt. (vgl. www.twfg.de/aktiv/projekte.htm, 25.10.2000)

Auch Beispiele anderer Territorialer Beschäftigungspakte zeigen, dass es zu Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit kommen kann. So kam es in "Pakt für Arbeit Zeitz" in Sachsen-Anhalt zu Konflikten zwischen der Stadt und dem zuständigen Landkreis darüber, wer die ansiedlungswilligen Investoren betreue. (Die Stadt ist verantwortlich für die Nutzung der Gewerbegebiete und der Landkreis für bestimmte Fördermittel) Zum anderen hatten die am Pakt beteiligten Gewerkschaftler die Schwierigkeit, ihre Kooperationsbereitschaft weiterhin gegenüber ihren Mitgliedern zu vertreten, da trotz des Ziels des Paktes die Arbeitslosigkeit in Zeitz zu halbieren, in den Unternehmen weiterhin Massenentlassungen stattfanden (vgl. Beschäftigungs-initiative "Pakt für Arbeit Zeitz", o. J.).

Ergebnisse:

Europaweit haben sich bis 1999 89 Pakte gebildet. Davon neun Beschäftigungspakte in Deutschland. Diese sind die Pakte Amberg - Sulzbach, Berlin – Neuköln, Braunschweig – Peine, Bremen – Bremerhaven, Chemnitz, Güstrow, Hamburg, Nordrhein-Westfalen (Teile der Region Niederrhein u. Teile des östlichen Ruhrgebiets) und Zeitz. Entsprechend den regionalen Problemlagen (Jugendarbeitslosigkeit, Qualifizierungsmängeln) sind die Themenschwerpunkte der Projekte des Paktes. So bietet der Pakt in Hamburg unter dem Titel "Jugend in Arbeit und Ausbildung" umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche an. Andere Bündnisse wie Bremen oder Amberg-Sulzbach setzen auf die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder im Dienstleistungssektor. Beispielsweise wurden in Bremen zwei Dienstleistungs-agenturen für hauswirtschaftliche Tätigkeiten eingerichtet (vgl. Europäische Kommission 1999b).

Literaturverzeichnis:

- Adam, Brigitte (1998), Regionen der Zukunft: Ein raumordnerischer Wettbewerb zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Werkstatt: Praxis, Nr. 7/1998, S. 5-18.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2000), Netzwerk-Impulse. Die Initiative für Beschäftigung! stellt sich vor, Gütersloh.
- Beschäftigungsinitiative "Pakt für Arbeit Zeit", die Arbeit in den Jahren 1998 und 1999, o. O.; o. J. (überreicht durch das Kontaktbüro "Pakt für Arbeit Zeit").
- Besse, Silvia; Guth, Michael (2000), Europäische territoriale Beschäftigungspakte – Darstellung, Beispiele und erste Ergebnisse, in: Friedrich Ebert-Stiftung, Europäisch denken – vor Ort handeln. Perspektiven lokaler Beschäftigungspolitik, Bonn, S. 53-64.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2000), Informationen aus der Forschung des BBR, Nr. 3/Juli 2000.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bekanntmachung über die Förderung des BIORegio-Wettbewerbs vom 9. Oktober 1995.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen o. J., Modellvorhaben der Raumordnung – Wettbewerb "Regionen der Zukunft" (Informationsbroschüre), Bonn.
- Europäische Kommission (1999a), Leitfaden für die territorialen Beschäftigungspakte 2000-2006, Luxemburg.
- Europäische Kommission (1999b), Territoriale Beschäftigungspakte. 89 Bündnisse stellen sich der Herausforderung der Arbeitslosigkeit, Luxemburg.
- Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) (2000), Erfolgsfördernde und –hemmende Faktoren für Biotechnologie-Regionen. Sozialwissenschaftliche Begleitforschung zu den BioRegios, Studie im Auftrag der Hans Böckler-Stiftung, Bochum.

Internet-Adressen:

- www.bioregio.com/deutsch/bioregio/profile/profile_aus.htm
- www.initiative-fuer-beschaeftigung.de
- www.innoregio.de
- www.pakte.de
- www.twfg.de
- www.zukunftsregionen.de

Bisher erschienene WSI-Diskussionspapiere

1. **Tofaute, Hartmut:** Bonner Finanzpolitik auf Crash-Kurs - Der öffentliche Dienst als Sparschwein der Nation?, Juli 1993
2. **Heise, Arne:** Beschäftigung und Wachstum in der Bundesrepublik 1970 - 1990 - einige Bemerkungen, August 1993
3. **Meißner, Werner:** Die Einheit als ökonomische und nationale Aufgabe - Beitrag zum Hambacher Disput "Solidarität gefordert" am 25. September 1993, September 1993
4. **Sitte, Ralf/Ziegler, Astrid:** Die - neuerliche - Reform der EG-Strukturfonds. Einige Anmerkungen zu den wesentlichen Änderungen, November 1993
5. **Ziegler, Astrid:** Gewerkschaftliche Politik für kleinere und mittlere Unternehmen und die Praxis der "Mittelstandspolitik". - Regional- und Beschäftigungs-politische Bedeutung -, Dezember 1993
6. **Nolte, Dirk:** Die Strukturkrise in der Automobilindustrie. Entstehungsursachen und Perspektiven -, Januar 1994
7. **Nolte, Dirk:** Die Bedeutung der Automobilindustrie im südkoreanischen Wirtschaftsmodell - Perspektiven der südkoreanischen PKW-Industrie - Januar 1994
8. **Tofaute, Hartmut:** Frisches Geld für staatliches Handeln – gibts das noch?, März 1994
9. **Sitte, Ralf:** Ökologische Neuordnungspolitik im Energiesektor? Eine Betrachtung zur Kontroverse um die Kohlefinanzierung und den "Energiekonsens", April 1994
10. **Tofaute, Hartmut:** 'Marx und Keynes' Bedeutung für arbeitnehmerorientierte Wissenschaft und Politik, April 1994
11. **Nolte, Dirk/Sitte, Ralf/Tofaute, Hartmut/Wagner, Alexandra:** Zum Verbleib von ehemals 4 Millionen Beschäftigten in Unternehmen der Treuhandanstalt, April 1994
12. **Heise, Arne:** Skizze einer alternativen Theorie der (Unter-)Beschäftigung, Mai 1994
13. **Tofaute, Hartmut:** Ökosteuern und -abgaben. Wirksame Instrumente des Umweltschutzes, Juli 1994
14. **Bispinck, Reinhard:** Strukturprobleme der bundesdeutschen Wirtschaft - Strukturprobleme der Tarifpolitik, August 1994
15. **Lecher, Wolfgang:** Die reale Situation der Interessenvertretung in Frankreich und Deutschland - ein empirischer Vergleich -, September 1994
16. **Sitte, Ralf/Ziegler, Astrid:** Gewerkschaftliche Beteiligung an den EU-Strukturfonds in den Bundesländern - Ergebnisse einer schriftlichen Umfrage - September 1994
17. **Bäcker, Gerhard:** Altersarmut - Frauenarmut. Diskussion eines sozialen Problems und sozialpolitische Reformoptionen, September 1994

18. **Bäcker, Gerhard:** Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit - Soziale Ausgrenzung, Negativsteuer und Grundsicherung, September 1994
19. **Lecher, Wolfgang:** Angebotskorporatismus? Finanzierungsmodelle von Weiterbildung in Europa, September 1994
20. **Bäcker, Gerhard/Stolz-Willig, Brigitte:** Mehr Teilzeitarbeit - aber wie? Zur Diskussion über Förderung und soziale Absicherung optionaler Arbeitszeiten, September 1994
21. **Heise, Arne:** Welche Bedeutung hat die neoklassische Arbeitsmarkttheorie angesichts dauerhafter Massenarbeitslosigkeit?, November 1994
22. **Sitte, Ralf:** Ökologischer Strukturwandel durch Energiesteuern. Eine kritische Würdigung erwünschter Lenkungseffekte eines sozialverträglichen Kompensationsmodells, März 1995
23. **Ziegler, Astrid:** Gleichwertige Lebensbedingungen. - Zur Diskussion um den Gleichwertigkeitsbegriff in der Raumordnungs- und Regionalpolitik -, September 1995
24. **Sitte, Ralf:** Klimapolitik und Energiekonsens - Politische Rahmenbedingungen und ökologische Anforderungen bei der Wiederherstellung eines Energie-konsens, Oktober 1995
25. **Heise, Arne:** Struktureller und institutioneller Wandel, Deregulierung und Beschäftigung in Großbritannien und der Bundesrepublik - ein einführender Überblick -, Dezember 1995
26. **Stolz-Willig, Brigitte:** Chancengleichheit im Kollektivvertragssystem, Februar 1996
27. **Ralf Sitte/Hartmut Tofaute:** Beschäftigungsbilanz der Treuhandanstalt. Eine kritische Übersicht zur Personalpolitik der Jahre 1990 - 1994, April 1996
28. **Tofaute, Hartmut:** Die Belastung der privaten Haushalteinkommen mit indirekten Steuern auf spezielle Güter und Dienstleistungen, Juli 1996
29. **Heise, Arne:** Deregulierung und Beschäftigung in Großbritannien und Deutschland, Dezember 1996
30. **Lecher, Wolfgang:** Gewerkschaften und industrielle Beziehungen in Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland - Rahmenbedingungen für die EBR, Januar 1997
31. **Sitte, Ralf:** Nach dem Abschwung Ost: Letzte Ausfahrt "Lohnfalle"?, Februar 1997
32. **Samland, Uwe:** Reformdebatte der europäischen Strukturpolitik. Synopse wichtiger konzeptioneller Positionen zur Reform der europäischen Strukturpolitik, Februar 1997
33. **Heise, Arne:** Wage dispersion, structural change and unemployment - a graphical exposition, Februar 1997
34. **Ziegler, Astrid:** Partnerschaft, Beteiligung und Umsetzung. Zwischenbilanz und Perspektiven der Beteiligung der Sozialpartner an der Europäischen Strukturpolitik, Februar 1997

35. **Tofaute, Hartmut:** Zur Bedeutung und Funktion steuerlicher Vergünstigungen - zu Möglichkeiten und Konsequenzen ihres Abbaus im Zusammenhang mit der Debatte um die Steuerreform 1998/1999, März 1997
36. **Störmann, Wiebke:** Die Vorschläge der Bundesregierung zum Steuerreformgesetz 1999 - Ziele und Wirkungen -, April 1997
37. **Klammer, Ute:** Zur Umgestaltung der sozialen Sicherung und ihrer Finanzierung - Europäische Wege und ihre Relevanz für die deutsche Diskussion, Juni 1997
38. **Störmann, Wiebke, Ziegler, Astrid:** Wirtschaftliche Förderung in den neuen Bundesländern. Kritische Anmerkungen zum mittelfristigen Förderkonzept der Bundesregierung nach 1998, Juni 1997
39. **WSI-Arbeitsgruppe Reform der Europäischen Strukturfonds:** Die Reform der europäischen Strukturfonds aus arbeitnehmerorientierter Sicht – Positionspapier, Juli 1997
40. **Störmann, Wiebke:** Reform der Unternehmensbesteuerung, Juli 1997
- 41.
42. **Höpner, Martin:** Politisch koordinierte Ökonomien 1973-1996, Oktober 1997
43. **Radke, Petra/Störmann, Wiebke:** Qualifizierung und Chancengleichheit - Zu den Auswirkungen staatlicher Bildungsmaßnahmen während des Erziehungsurlaubs, Februar 1998
44. **Hassel, Anke/Schulten, Thorsten:** Globalisation and the future of central collective bargaining: the example of the German metal industry, Februar 1998
45. **Sitte, Ralf:** Ausbau - Umbau - Abbau - Notwendige Korrekturen an der Kritik des Sozialstaates, Februar 1998
46. **Radke, Petra/Störmann, Wiebke:** Erziehungsurlaub und Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, April 1998
47. **Bäcker, Gerhard/Klammer, Ute:** The Dismantling of Welfare in Germany, Mai 1998
48. **WSI-Standortbericht** (s. WSI-Mitteilungen 6/1998)
49. **Kubani, Filip:** Wegfall des Wechselkursinstruments: Schock für Europa?, August 1998
50. **Heise, Arne:** The Political Economy of Meritocracy, Unemployment, Globalism and Inequality, August 1998
51. **Schulten, Thorsten:** Collective bargaining under the conditions of European Monetary Union, August 1998
52. **Bahn Müller, Reinhard/Bispinck, Reinhard:** Tarifsysteem und Tarifpolitik in der deutschen Metall- und Elektroindustrie 1980-1997, August 1998
53. **Bahn Müller, Reinhard/Bispinck, Reinhard:** Collective Bargaining in the German Metal Industry 1980-1997, August 1998

54. **Bochum, Ulrich:** A structural profile of the European Metal Industry and the impact of the EURO, August 1998
55. **Heise, Arne:** Collective Bargaining in the European Monetary Union – Is Europe an Optimum Currency Area?, September 1998
56. **Jokinen, Antti:** Collective Bargaining in the Finnish Metal Industry and the impact of the EURO, Oktober 1998
57. **Lecher, Wolfgang u.a.:** Europäische Betriebsräte – Die Entwicklung von Information und Konsultation und die Perspektive ihrer transnationalen Vernetzung auf sektoraler Ebene – Arbeitsthesen und erste Schlussfolgerungen aus einem branchenbezogenen, internationalen Projekt -, Oktober 1998
58. **Klammer, Ute/Ochs, Christiane:** The Development of Gainful Employment of Women in Germany, Oktober 1998
59. **Oste, Jürgen/Vilrocx, Jacques:** Collective Bargaining in the Belgian Metal Industry in the Shadow of the European Monetary Market, November 1998
60. **Nilsson, Göran:** Collective Bargaining in the Swedish Metal Industry in the Shadow of the European Monetary Market, November 1998
61. **Tofaute, Hartmut:** Politische, ökonomische und soziale Folgen der Globalisierung, November 1998
62. (entfällt) WSI-Projektgruppe: Ausgewählte Ergebnisse der WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten 1997/98
63. **Telljohan, Volker:** Collective Bargaining in the Italian Metal Industry in the Shadow of the European Monetary Union, December 1998
64. **Dufour, Christian/Hege, Adelheid:** Collective Bargaining in the French Metal Industry, December 1998
65. **Sitte, Ralf:** Nicht nur auf die Dosis kommt es an: Mit Ökosteuern den Strukturwandel "steuern", Januar 1999
66. **Heise, Arne:** Die Krise der herrschenden Wirtschaftspolitik. Einige kritische Anmerkungen, Januar 1999
67. **Jerke, Thomas:** Stabilitätspakt und soziale Sicherheit: Sind Währungsunion und soziales Europa miteinander vereinbar?, Januar 1999
68. **Heise, Arne:** Konkurrenz oder Kooperation? Theoretische Grundlagen eines makroökonomischen 'Bündnis für Arbeit', Januar 1999
69. **Hein, Eckhard/Ochsen, Carsten:** On the Real Effects of the Monetary Sphere: Post-Keynesian Theory and Empirical Evidence on Interest Rates, Income, Shares, and Investment, Juni 1999
70. **Truger, Achim:** Zu den Forderungen nach einem "radikalen" Subventionsabbau, August 1999
71. **Gollbach, Jochen/Schulten, Thorsten:** Cross-border Collective Bargaining Networks in Europe, August 1999
72. **Reich, Beate/Pelz, Thomas:** Entwicklungsperspektiven des Altenburger Landes / Thüringen, August 1999

73. **Hein, Eckhard:** Zentralbank-Politik und makroökonomische Ergebnisse: eine sozio-institutionelle Interpretation, August 1999
74. **Hallerberg, Tatjana/Masurek, Lars/Pelz, Thomas:** Kooperationen und Netzwerke kleiner und mittlerer Unternehmen – Eine exemplarische Dokumentation, Oktober 1999
75. **Klammer, Ute:** Alterssicherung von Frauen als Aufgabe und Chance der anstehenden Rentenstrukturreform, November 1999
76. **Reinhard Bispinck:** Collective Bargaining in Germany 1998/99 – Report for the European Trade Union Institute (ETUI), Dezember 1999
77. **Heise, Arne:** Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zwischen ökonomischer Notwendigkeit, ideologischer Neuorientierung und sozialer Gerechtigkeit, Dezember 1999
78. **Seifert, Hartmut:** Competition, Flexibility and Working Hours, Januar 2000
79. **Bahn Müller, Reinhard/Bispinck, Reinhard/Weiler, Anni:** Tarifpolitik und Lohnbildung in Deutschland am Beispiel ausgewählter Wirtschaftszweige, Februar 2000
80. **Seifert, Hartmut:** New Approaches to Working Time Policy in Germany: The 28,8 Hour Working Week at Volkswagen Company, Februar 2000
81. **Truger, Achim:** Kritisches zu den Wohlfahrtsaussagen der neueren Steuertheorie, Februar 2000
82. **Ebert, Daniela:** Bestimmungsfaktoren der Beschäftigung in der Bundesrepublik. Eine empirische Analyse der Faktorsubstitutionshypothese unter Berücksichtigung einer Alternativhypothese, Februar 2000
83. **Truger, Achim:** Steuerreformen für mehr Beschäftigung?, Februar 2000
84. **Bispinck, Reinhard/Schulten, Thorsten:** Alliance for Jobs: Is Germany following the path of "competitive corporatism"?, April 2000
85. **Klammer, Ute:** Working women in the age of flexibility - new diversities, new needs for social protection, April 2000
86. **Ziegler, Astrid:** Die Europäischen Strukturfonds 2000 – 2006 – Zu den Einfluss-möglichkeiten der Sozialpartner in der Bundesrepublik Deutschland, April 2000
87. **Truger, Achim:** Ökologische Steuerreformen in Europa – Wo steht Deutschland?, Juni 2000
88. **Truger, Achim:** Konstitutionelle Ökonomik, Staatsversagen und "Wissenschafts-versagen", September 2000
89. **Klammer, Ute:** Old problems – new solutions? Working mothers between social policies and social practices, Oktober 2000
90. **Pelz, Thomas/Ziegler, Astrid:** Synopse aktueller Untersuchungen zur Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern, Dezember 2000
91. **Schulte, Christiane/Ziegler, Astrid:** Wettbewerbsmodelle in der deutschen Wirtschafts- und Strukturpolitik – ein neuer Fördertyp, Dezember 2000